



## Beschlussvorlage

öffentlich

Einreichender: CDU-Fraktion	Datum: 04.09.2018	Vorlagen-Nr.: BSVV/0869/18
--------------------------------	----------------------	-------------------------------

Sitzungstermin 20.09.2018	Gremium Stadtverordnetenversammlung	Abst.-Ergebnis
------------------------------	--	----------------

**Betreff: Antrag der Fraktion CDU zur Beauftragung einer externen Prüfung bzgl. des Projektes "BlütenTherme"  
hier: Beschlussfassung**

### **Beschlussvorschlag:**

1. Die Bürgermeisterin wird aufgefordert, Angebote von fachlich geeigneten Unternehmen für eine externe Überprüfung des Verhaltens der Verantwortlichen der Stadt Werder bei Umsetzung des Projektes mit der Kristall Bäder AG einzuholen und diese dem Badausschuss vorzustellen.

Gegenstand des Arbeitsauftrages soll dabei insbesondere folgender Schwerpunkt sein:

- Prüfung der korrekten Umsetzung des zwischen der Stadt Werder (Havel) und der Kristall Bäder AG geschlossenen Vertrages während der Bauphase auf Seiten der Stadt. Dabei müssen sowohl die Finanzströme, als auch die konkreten Abläufe in der Überwachung des Baufortschrittes betrachtet werden. Soweit die Umsetzung von Seiten der Kristall Bäder AG Voraussetzung zur Beurteilung der entsprechenden „Reaktionen“ bzw. des Vertragsvollzugshandelns auf Seiten der Stadt ist, ist auch dies jeweils zu ermitteln und zu betrachten. Im Übrigen ist Gegenstand aber keine detaillierte Untersuchung des Verhaltens der Kristall Bäder AG, aus welchem angesichts des bestehenden Vergleichsschlusses keine Konsequenzen mehr zu ziehen wären, sondern eben das Handeln der städtischen Verantwortlichen.
2. Der Auftragnehmer muss zu jeder Zeit uneingeschränkt Zugang zu allen notwendigen und zweckdienlichen Unterlagen erhalten.
  3. Der Badausschuss wird in regelmäßigen Abständen über den Sachstand der Untersuchung informiert.
  4. Der Abschlussbericht soll im 4. Quartal 2019 vorgelegt werden.

gez.  
Hermann Bobka  
Fraktionsvorsitzender CDU

## **Beratungsergebnis:**

Gremium Stadtverordnetenversammlung					Sitzung am 20.09.2018	TOP
Einst.	Mit Sti.MH	Ja	Nein	Enth.	Lt. Beschluss- vorschlag	abweichender Beschluss
Annette Gottschalk Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung						

### **Begründung:**

Das gemeinsame Projekt der Stadt Werder (Havel) und der Kristall Bäder AG zur Errichtung und Betreuung einer Therme endete nach einer kontroversen Auseinandersetzung mit der notariellen Aufhebung des zu Grunde liegenden Vertrages im April 2016. Die Beendigung des Vertragsverhältnisses gestaltete sich sehr schwierig und zeitlich aufwendig. Hintergrund der Auseinandersetzung waren insbesondere widerstreitende Auffassungen der Projektpartner über den Abgleich der Finanzflüsse und des Baufortschrittes. Aus Sicht der CDU-Fraktion lag Vertragsbruch von Seiten Kristall vor, entsprechende Rechtsstreitigkeiten wurden begonnen. Am Ende entschied die Verwaltung sich mit Billigung der SVV zur vergleichsweisen Lösung, nicht zuletzt, um jahrelange Blockade mit am Ende ggf. fehlender Vollstreckungsfähigkeit mangels Vermögens bei der Kristall Bäder AG zu vermeiden.

Es ist unstrittig, dass der Stadt Werder (Havel) aus der Nichtverwirklichung der vertraglich vorausgesetzten Projektziele erheblicher Schaden entstanden ist.

Nach der wirksamen Beendigung des Vertragsverhältnisses mit der Kristall Bäder AG wurden seitens der Verwaltung und auch im Badausschuss zunächst alle Kräfte darauf konzentriert, das Projekt in angemessener Zeit erfolgreich neu auf den Weg zu bringen. Die Priorität des „Neustarts“ ergab sich u.a. aus dem Bestreben, die bereits vorhandene Bausubstanz bestmöglich und zum Wohl der Stadt in ein neues Projekt einzubringen und aus der Erkenntnis, dass Projekte dieser Art durch Zeitverzug immer weitere Kostensteigerungen erleben. Zudem sind Entscheidungen über zukunftsgerichtete Themen naturgemäß immer ergebnisrelevanter als Aufarbeitung der Vergangenheit.

Die zuständigen Gremien hatten sich zunächst sehr intensiv mit der Frage befassen müssen, wie das Projekt erfolgreich abgeschlossen werden könnte. Unter Berücksichtigung der gemachten Erfahrungen wurde ein Interessenbekundungsverfahren gestartet, das Klarheit darüber bringen sollte, ob es Interessenten für das Projekt am Markt gibt.

Aus diesem unförmlichen Verfahren heraus wurde schließlich eine sehr intensive Debatte darüber geführt, wie genau das Projekt erfolgreich am Standort entwickelt werden könnte und wie dabei die Ansprüche der Bürger an „ihr Bad“ berücksichtigt werden können. Als wesentliche Änderung ergab sich dabei die Erweiterung des Projektes um den Familienbereich. Neben den Baumaßnahmen und deren Kosten wurde z.B., auch die sozialverträgliche Preisgestaltung sehr intensiv diskutiert.

Gleichwohl die leider im Projekt mit der Kristall Bäder AG gemachten Erfahrungen in

die weitere Arbeit eingeflossen sind, musste die detaillierte Untersuchung des Geschehens mit der Kristall Bäder AG also zunächst zurückstehen. Das sehr langwierige und formale Vergabeverfahren gab auch keinen Spielraum, detaillierte Informationen vor Abschluss des Verfahrens transparent und offen in der Öffentlichkeit darzustellen. Nunmehr ist das Verfahren jedoch abgeschlossen und das Projekt erfolgreich neu vergeben worden.

Jetzt ist es an der Zeit und auch notwendig, die Verfahrensabläufe zum Projekt mit der Kristall Bäder AG detailliert auf den Prüfstand zu stellen und gegebenenfalls Schlussfolgerungen für künftiges Handeln daraus abzuleiten.

Um sicher zu stellen, dass der entsprechende „Untersuchungsbericht“ als objektiv gelten kann und nüchtern-objektive Analysen und Schlussfolgerungen statt politischem Streit möglich sind, bietet sich eine externe Durchführung an. Auch ein realistischer Blick auf die zeitlichen und fachlichen Möglichkeiten in der Stadtverwaltung, ein solches Audit neben den laufenden Geschäften durchzuführen, spricht für externe Unterstützung. Es liegt auf der Hand, dass das nicht kostenlos geht, aber auch die Kapazität in der Stadtverwaltung ist nicht umsonst.

Die anderen Fraktionen sind eingeladen, der Stadtverwaltung mögliche Anbieter der nachgesuchten Leistung zu benennen. Die CDU-Fraktion selbst benennt bewusst keine möglichen Dienstleister, um falschen Eindrücken von Befangenheit bzw. eingeschränktem Aufklärungsinteresse von vorne herein jeden Boden zu nehmen.

## **Anlagen:**